

68 Deutsche aus aller Welt

Die Staatsbürgerschaft ist mit Rechten und Pflichten verknüpft

MAINZ. ULL. Vor 22 Jahren kam Hedi ben Tajeb aus Tunesien als Feinmechaniker nach Mombach. Er hatte eine „gute Gelegenheit“ wahrgenommen, die sich nach seiner Berufsausbildung geboten hatte. Hedi ist einer von den 68 Menschen, die im Rathaus die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Beigeordneter Richard Patzke und der Leiter des Einwohnermeldeamtes Heinz Hapfel überreichten zum vierten Mal in diesem Jahr Einbürgerungsurkunden an Einzelpersonen und Familien.

Seit mindestens zehn Jahren müssen sie in Deutschland leben. Sie sollten einen festen Wohnsitz haben, keine Sozialhilfe beziehen und keine Vorstrafen haben. Sie sollten in der Lage sein, sich „in der Gesellschaft zu integrieren“ und zu verständigen. Und sie müssen ihre alte Staatsbürgerschaft abgeben. Wenn ausländische Mitbürger alle diese

Voraussetzungen erfüllen, bekommen sie eine sogenannte Ermessenseinbürgerung.

Es gibt aber auch die Anspruchseinbürgerung, die Aus- und Umsiedler erhalten. „Deutsche ohne Staatsbürgerschaft“ heißen sie und haben oft polnische oder russische Namen. Meist leben sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland und haben auch schon längst einen deutschen Paß. Für sie ändert sich durch die Urkunde nur wenig.

Die Tunesier, Marokkaner, Türken, Inder und Äthiopier erhalten mit der Einbürgerung das aktive und das passive Wahlrecht und dürfen ihren Beruf frei wählen. Allerdings haben sie auch die Pflicht, „am Gemeinwohl in Deutschland mitzuwirken“, erklärte Patzke. Im Klartext heißt das beispielsweise, daß sie bis zu einem bestimmten Alter zur Bundeswehr müssen.

Noch im letzten Jahr lag der An-

teil der Ermessenseinbürgerungen bei nur 24 Prozent, dieses Jahr beträgt er 69 Prozent. „Immer mehr Leute sind bereit, sich zu der demokratischen Grundordnung in Deutschland zu bekennen“, freute sich der Beigeordnete. Diese müssen nämlich alle Einbürgerungs-Antragssteller kennen.

Die Demokratie scheint für viele ein Grund zu sein, sich in der Bundesrepublik niederzulassen. So kam eine Inderin in dieses Land, um „die europäische Kultur kennenzulernen“. Für sie bedeutet das: freie Meinungsäußerung und gleiches Recht für alle. Das Gefühl der Freiheit wird aber momentan von der Angst vor Überfällen überschattet. „1970 wurde ich freundlich aufgenommen. In den vergangenen drei bis vier Jahren hat sich das geändert. Mittlerweile muß jeder Ausländer Angst haben“, berichtet Hedi ben Tajeb.